



Eine gute Bilanz

Vier Jahre christlich-liberale
Politik für Deutschland

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Eine gute Bilanz

Vier Jahre christlich-liberale
Politik für Deutschland

Vorwort

Dem Land geht es gut

Die Herausforderungen waren gewaltig. Zu Beginn der Wahlperiode hatte unser Land noch deutlich mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner galt es, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und das Wachstum anzukurbeln. Beides gelang, doch wurden wir

bald mit einer noch größeren Aufgabe konfrontiert: der Euro-Staatschuldenkrise. Am Ende dieser vier Jahre können wir dennoch mit Stolz sagen: Dem Land geht es gut.



Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

Am deutlichsten lässt sich dies am Arbeitsmarkt ablesen. Noch nie nach der Wiedervereinigung war die Arbeitslosigkeit so niedrig wie in diesen Monaten. Rund 42 Millionen Menschen arbeiten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in Europa.

Dank dieser Zahlen haben wir stabile Steuereinnahmen und seit langem sind die Kassen der Renten- und Krankenversicherung wieder gefüllt. Die Menschen verdienen wieder mehr.

Die Lage wäre nicht so erfreulich, wenn der Euro nicht hätte stabilisiert werden können.

Ohne Europa kann Deutschland seine Potenziale nicht entfalten. So war es richtig, die notleidenden Länder zu stabilisieren. Leistungen gab es aber nur gegen Gegenleistungen, wie es die Unionsfraktion verlangt hat. Längst sind wir jetzt in der Phase, in der das Haus Europa grundlegend umgebaut wird. Eine Schuldenbremse gilt nun etwa in allen Ländern.

Deutschland geht hier mit gutem Beispiel voran. 2014 wird ein strukturell ausgeglichener Haushalt erzielt werden. Dennoch haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung und für den Kita-Ausbau noch einmal erhöht. Mit der Energiewende und dem Umbau der Bundeswehr wurden zudem zwei bahnbrechende Entscheidungen getroffen, von denen unser Land in Zukunft profitieren wird.

Diese Koalition hat ihren Auftrag erfüllt, den Menschen zu dienen und unser Land auch in schwierigen Zeiten voranzubringen. Insgesamt stand Deutschland vielleicht noch nie so gut da wie heute. Das ist zuallererst ein Verdienst der Menschen, aber auch diese Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihren Anteil daran.

Wolfgang Schäuble

Inhalt

- 2 Vorwort
 Dem Land geht es gut
- 7 Der Aufschwung kommt
 bei den Menschen an
- 9 Den Euro und Europa stabilisieren
- 11 Ein starker Bundestag für eine
 starke Europäische Union
- 13 Ausgeglichener Bundeshaushalt
 in Reichweite
- 15 Riskante Finanzgeschäfte eindämmen
- 17 Familien freie Entscheidungen
 ermöglichen
- 19 Auf dem Weg zur
 Bildungsrepublik Deutschland
- 21 Energie für die Zukunft
- 23 Medizinische Versorgung
 auf hohem Niveau halten

- 25 In Mobilität und lebenswerte Städte investieren
- 27 Freiheit und Sicherheit unserer Bürger schützen
- 29 Unsere Landwirte: Gute und gesunde Lebensmittel für die Verbraucher
- 31 Kultur fördern und nationale Identität bewahren
- 33 Dem Landleben eine Zukunft geben
- 35 Für eine friedliche und gerechte Weltordnung
- 37 Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen
- 38 Bundestagsdrucksachen
Auswahl aus der 17. Wahlperiode (2009 bis 2013)
- 40 Impressum



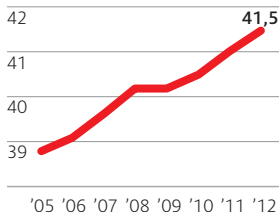
Der Aufschwung kommt bei den Menschen an

Deutschland ist der Wachstumsmotor Europas. Seit 2009 ist die deutsche Wirtschaftsleistung um rund acht Prozent gestiegen. 1,6 Millionen Arbeitsplätze sind hinzugekommen. 2012 wurde mit knapp 42 Millionen Erwerbstätigen ein Beschäftigungsrekord erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist mit 2,9 Millionen auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen.

Die Unionsfraktion hat für diese gute Entwicklung mit die Weichen gestellt: Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurden die Menschen und Unternehmen – insbesondere der Mittelstand – bereits 2010 um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Die Rentenbeiträge wurden auf 18,9 Prozent gesenkt, hierdurch sparen die Beitragszahler mehr als acht

Milliarden Euro. Seit 2009 steigen die Reallöhne. Mit der Einführung von Branchen-Mindestlöhnen wurde das Einkommen von bereits vier Millionen Menschen gesichert.

Zahl der Erwerbstätigen
Angaben in Millionen



Die bisher an dieser Stelle verwendete Abbildung kann aus lizenzrechtlichen Gründen nicht mehr gezeigt werden.

Den Euro und Europa stabilisieren

Trotz aller Schwierigkeiten ist es gelungen, den Euro zu stabilisieren und Europa eine neue Stabilitätsarchitektur zu geben. Nationale Schuldenbremsen und strengere Stabilitätskriterien reduzieren die Defizite in den Staatshaushalten in Europa und setzen damit bei der Ursache der Euro-Krise an. Strukturreformen sorgen für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Diese Politik geht vor allem auf Bundeskanzlerin Angela Merkel zurück.

Im Krisenfall und nur gegen strikte Reform- und Sparauflagen hilft der Europäische Stabilitätsmechanismus hoch verschuldeten Staaten mit Krediten. Eine Vergemeinschaftung der Schulden, wie es Rot-Grün fordert, würde den Reformdruck nehmen und wäre der falsche Weg.

Die Unionsfraktion hat in den vergangenen vier Jahren alles dafür getan, damit Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht. Nur gemeinsam können wir im internationalen Wettbewerb bestehen.



Ein starker Bundestag für eine starke Europäische Union

In der Europapolitik haben die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion auch über die Stabilisierung des Euro hinaus viel bewegt. Die politische Integration in der Europäischen Union haben sie maßvoll und mit Sorgfalt vorangebracht. Nie zuvor hatte der Bundestag dabei so viel Einfluss wie heute. Er entscheidet nun unter anderem über die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU mit. So ist der anstehende Beitritt Kroatiens von der strikten Einhaltung aller politischen und ökonomischen Voraussetzungen abhängig gemacht worden.

Im EU-Budget 2014 bis 2020 ist zum ersten Mal eine Kürzung des Finanzrahmens vorgesehen – ganz im Sinne der CDU/CSU-Fraktion. Zugleich setzt sie sich für die Aufrechterhaltung der regionalen Wirtschaftsförderung und für die angemessene finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft ein. Auch in Zukunft soll die deutsche Sprache in EU-Institutionen als Arbeitssprache gestärkt werden.

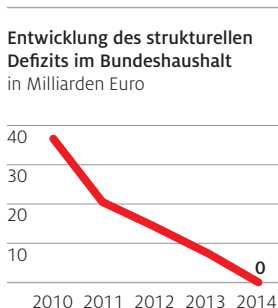


Ausgeglichener Bundeshaushalt in Reichweite

Gesunde Staatsfinanzen waren immer ein Ziel der Unionsfraktion. In dieser Wahlperiode gab es wichtige Fortschritte. Von ursprünglich geplanten 86 Milliarden Euro im Jahr 2010 wird der Bund seine Nettokreditaufnahme im Jahr 2014 auf rund sechs Milliarden Euro senken und damit erstmals seit 40 Jahren einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen. Ab 2015 will der Bund ohne neue Schulden auskommen und ab 2016 mit der Tilgung von Schulden beginnen.

Dank strikter Ausgabendisziplin hält die Koalition bereits im Jahr 2012 mit einem strukturellen Defizit von 0,31 Prozent des Bruttoinlandprodukts die Vorgaben der Schulden-

bremse ein – also vier Jahre früher als es das Grundgesetz vorsieht. Auch während der erfolgreichen Haushaltssanierung wird weiter in die Zukunft investiert: vor allem in Forschung und Bildung, die Verkehrsinfrastruktur und Betreuungsangebote.





Riskante Finanzgeschäfte eindämmen

Bei der Finanzmarktregulierung ist die christlich-liberale Koalition in der Legislaturperiode weiter vorangekommen. Banken müssen ab 2013 mehr Eigenkapital vorhalten, um Verluste besser auffangen zu können. Boni-Exzessen wurde ein Riegel vorgeschoben: Boni können verringert werden, wenn ein Bankmanager Verluste zu verantworten hat. Die Bankenaufsicht kann die Zahlungen auch gänzlich verbieten.

Besonders risikoreiche Finanzgeschäfte wurden grundsätzlich untersagt: Seit 2010 sind ungedeckte Leerverkäufe nicht mehr erlaubt. Der Anlegerschutz wurde gestärkt, der Hochfrequenzhandel reguliert und die Aufsicht über Hedgefonds verschärft. Um ungezügelte Finanztransaktionen zu bremsen, soll in Deutschland und in anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Die Trennung spekulativer Finanzgeschäfte einer Bank vom Kundengeschäft und die Abwicklung von Banken im Krisenfall sind derzeit im Gesetzgebungsverfahren.



Familien freie Entscheidungen ermöglichen

Eine gute Familienpolitik muss Familien finanziell entlasten. Deshalb hat die Unionsfraktion durchgesetzt, dass das Kindergeld für jedes Kind zum 1. Januar 2010 um 20 Euro pro Monat erhöht wurde. Der Steuerfreibetrag für Kinder stieg von 6.024 Euro auf 7.008 Euro.

Nach Auffassung der Fraktion müssen Eltern Wahlfreiheit haben zwischen einer Betreuung ihrer Kinder zu Hause oder in einer Kindertagesstätte. Deshalb hilft der Bund den Ländern bis 2014 mit 5,4 Milliarden Euro beim Kita-Ausbau und steuert ab 2015 jährlich 845 Millionen Euro Betriebskosten bei.

Zudem wird ab 1. August 2013 das Betreuungsgeld für die Eltern eingeführt, die sich selbst um ihre Kleinkinder kümmern oder eine private Betreuung organisieren. Beide Instrumente – Kita-Ausbau und Betreuungsgeld – ergänzen einander. Eine moderne Gesellschaft muss jedes Familienmodell gleichermaßen unterstützen.



Auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland

Deutschland als rohstoffarmes Land braucht kluge Köpfe, wenn es in der Weltwirtschaft weiter eine führende Rolle spielen will. Deshalb haben Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang. Während fast überall gespart wird, hat die christlich-liberale Koalition in dieser Wahlperiode über 13 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung gesteckt. Der Bildungsetat war noch nie so hoch. Er ist zugleich der Einzeletat mit dem größten Zuwachs.

Die Erfolge können sich sehen lassen: Nie gab es mehr Abiturienten und Hochschulabsolventen, nie gab es weniger Schulabbrecher. Die deutsche Forschung ist wieder Weltspitze. Dank seines dualen Ausbildungssystems hat Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das duale System ist inzwischen ein Exportschlager und wird von anderen Euro-Staaten kopiert.

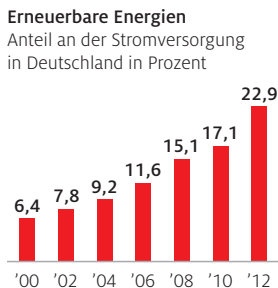


Energie für die Zukunft

Die christlich-liberale Koalition will eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung gewährleisten. Deshalb hat sie 2010 mit ihrem Energiekonzept den Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien eingeleitet. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie wurde dieser Prozess erheblich beschleunigt: 2005 lag der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei zehn Prozent, 2012 bei knapp 23 Prozent, 2020 soll er 35 Prozent und 2050 mindestens 80 Prozent betragen.

Mit umfangreichen Gesetzen hat die CDU/CSU-Fraktion dafür gesorgt, dass die notwendigen Stromleitungen schneller gebaut werden

können und die Menschen früher und besser an den Planungen beteiligt werden. Die Mittel für die Gebäudesanierung wurden auf 1,8 Milliarden Euro jährlich aufgestockt, das Energieforschungsprogramm wurde um 75 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro erhöht.





Medizinische Versorgung auf hohem Niveau halten

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Mit Reformen wurden in den vergangenen Jahren die Weichen dafür gestellt, dass eine flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau auf Dauer erhalten werden kann. Dazu gehört angesichts des medizinischen Fortschritts und einer alternden Gesellschaft eine zukunftsfeste Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Unionsfraktion hat die Rechte der Patienten gestärkt, indem sie Ärzte und Patienten auf Augenhöhe bringt. Im Falle eines Behandlungsfehlers erhalten Patienten künftig mehr Unterstützung. Auch die Leistungen der Pflegeversicherung werden stärker auf die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen abgestimmt. Demenzkranke erhalten bessere Leistungen. Im Kampf gegen Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauferkrankungen oder Diabetes setzt die Unionsfraktion auf Prävention.



In Mobilität und lebenswerte Städte investieren

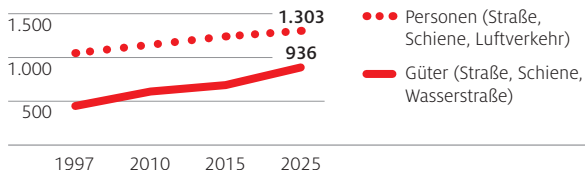
Die Bürger wollen mobil sein. Deshalb muss die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig, umweltfreundlich und sicher bleiben. Dafür werden die Straßen, Schienen und Wasserwege ausgebaut oder neu gebaut.

Auf Initiative der Unionsabgeordneten wurde ab 2012 zusätzlich eine Milliarde Euro für Verkehrsinvestitionen bereitgestellt. Ab 2013 stehen weitere 750 Millionen Euro – vorrangig für Neubauprojekte – zur Verfügung.

Die Koalition tut viel für lebenswerte Städte, die Städtebauförderung beträgt 455 Millionen Euro. Dem Klimaschutz hilft, dass sie zuletzt das Gebäudesanierungsprogramm deutlich auf 1,8 Milliarden Euro erhöht hat.

Prognose der inländischen Verkehrsleistung

in Milliarden Personen- bzw. Tonnenkilometer





Freiheit und Sicherheit unserer Bürger schützen

Freiheit und Sicherheit der Bürger zu wahren war seit jeher ein zentrales Anliegen der Parlamentarier von CDU und CSU. Der Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Terrorismus stellt den Staat in einer globalisierten und vernetzten Welt vor neue Herausforderungen. In jüngster Zeit wurden den bewährten Instrumenten weitere hinzugefügt: dazu zählen die Visa-Warndatei, die Verlängerung der Antiterror-gesetze, der Warnschussarrest für Jugendliche und die Einführung der Rechtsextremismus-Datei.

Die Morde, die die rechtsterroristische Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) verübt hat, werden von unserer Justiz lückenlos aufgeklärt. Das Versagen von Behörden und die Lehren, die daraus gezogen werden müssen, hat ein Untersuchungsausschuss des Bundestages aufgearbeitet.



Unsere Landwirte: Gute und gesunde Lebensmittel für die Verbraucher

Die Bauern in Deutschland versorgen die Bevölkerung mit guten und gesunden Lebensmitteln, die auch für die Menschen erschwinglich sind. Mit ihrer Arbeit erhalten sie zudem unsere Kulturlandschaft. Für die Abgeordneten von CDU und CSU war in dieser Wahlperiode wichtig, dass die in der Land- und Forstwirtschaft und dem Gartenbau tätigen Familien auch in Zukunft sozial abgesichert sind. Dafür hat sie die landwirtschaftliche Sozialversicherung unter dem Dach eines neuen Bundesträgers gebündelt.

Die Unionsfraktion setzt auf das Leitbild des mündigen Verbrauchers. Damit diese besser über ihren Einkauf entscheiden können, kommen sie künftig leichter an Informationen, die Behörden über mögliche Gesundheitsgefährdungen, Hygienemängel oder Etikettenschwindel gesammelt haben. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung soll auf Initiative der Fraktion verringert werden.



Kultur fördern und nationale Identität bewahren

Deutschland hat sich immer als Kulturnation verstanden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb der Pflege der Kultur eine besondere Bedeutung beigemessen, was sich auch am Haushalt ablesen lässt: Die Kulturausgaben im Bundeshaushalt sind seit 2006 sieben Mal in Folge gestiegen. Viele neue Projekte wie das Einheits- und Freiheitsdenkmal in Berlin konnten gefördert werden.

Der Fraktion ist bewusst, dass ein reiches Kulturleben nur dann Bestand haben kann, wenn die Künstler auch im digitalen Zeitalter von ihrer Arbeit leben können. Dazu müssen ihre Werke urheberrechtlich geschützt bleiben. An diesem Grundsatz kann nicht gerüttelt

werden, auch wenn die Interessen der Internet-Nutzer berücksichtigt werden müssen. Mit dem neuen Leistungsschutzrecht wird der Schutz von Presseerzeugnissen im Internet verbessert und der Qualitätsjournalismus in Deutschland gestärkt.





Dem Landleben eine Zukunft geben

Etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land. Sie sollen auch in Zukunft die gleichen Lebensbedingungen vorfinden wie in den Städten – trotz des demografischen Wandels.

Eine Herausforderung ist die flächendeckende medizinische Versorgung. Immer mehr Landarzt-Praxen müssen schließen, weil es keinen Nachfolger gibt. Deshalb bietet die christlich-liberale Koalition jetzt jungen Medizinerinnen finanzielle Unterstützung an, damit sie sich auf dem Land niederlassen.

Eine Arbeitsgruppe von CDU/CSU und FDP hat weitere 105 Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Regionen vorgeschlagen, die Ende 2012 vom Bundestag beschlossen wurden. Der flächendeckende Breitbandausbau soll forciert werden. Die Koalition sorgt dabei für mehr Wettbewerb. Zudem soll ein Infrastrukturförderprogramm Breitbandausbau aufgelegt werden. Auch der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum wird weiter gefördert.



Für eine friedliche und gerechte Weltordnung

Eine dauerhafte, friedliche und gerechte Ordnung in Europa und der Welt – das ist das Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik der Koalition. Den Staaten des arabischen Frühlings steht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei ihrem demokratischen Neuanfang solidarisch zur Seite. Sie legt dabei besonderen Wert auf die Religionsfreiheit. Gegenüber Russland pocht sie auf eine starke Zivilgesellschaft und Rechtstaatlichkeit.

Die Sicherung der Rohstoffversorgung hat die Unionsfraktion maßgeblich mit auf die politische Agenda gesetzt. Zudem hat es sich die Fraktion zur Aufgabe gemacht, Deutschlands Präsenz in den für unser Land immer wichtiger werdenden Ländern Asiens weiter zu erhöhen.

Das Engagement in Afghanistan konzentriert sich nun auf die Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 an die afghanische Regierung. Mit der Bundeswehrreform wird eine einsatzorientierte, effiziente, nachhaltig finanzierte und gut ausgerüstete Armee geschaffen.



Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen

Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht. Dennoch wird sie in einer Vielzahl von Staaten täglich missachtet. Die CDU/CSU-Fraktion arbeitet schon lange im Deutschen Bundestag, aber auch in Kontakten mit ausländischen Politikern für den Schutz der Menschenrechte und der Religionsfreiheit jedes Menschen.

Sorgen machte der Fraktion die Lage der Christen. Sie sind die Religionsgemeinschaft, die am meisten verfolgt oder bedrängt wird. Die Situation spitzt sich insbesondere in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten immer weiter zu. In Ägypten könnten die Kopten schon bald die Verlierer der Revolution werden. Die Fraktion und ihr Vorsitzender Volker Kauder setzten sich eindringlich dafür ein, diesen Menschen eine Stimme zu geben.

Bundestagsdrucksachen

Auswahl aus der 17. Wahlperiode (2009 bis 2013)

Wirtschaft, Arbeit und Soziales

- 17/15 Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums
- 17/10743 Entwurf eines Gesetzes zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2013

Europa

- 17/9046 Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
- 17/9045 Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus
- 17/11872 Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. Dezember 2011 über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Haushaltskonsolidierung

- 17/10200 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
- 17/6600 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012

Finanzmarktregulierung

- 17/3024 Restrukturierungsgesetz
- 17/6313 Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise
- 17/9342 Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
- 17/10040 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzaufsicht

Familie

- 17/15 Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums
- 17/12057 Entwurf eines Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- 17/9917 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Betreuungsgeldes

Bildung

- 17/10037 Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen
- 17/10200 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013

Energie

- 17/8877 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien

Medizinische Versorgung

- 17/9369 Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung
- 17/10488 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten

Innere Sicherheit

- 17/6643 Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes
- 17/9389 Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten
- 17/8672 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus

Kultur und Urheberrecht

- 17/6600 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
- 17/11470 Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes

Ländliche Räume, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- 17/6906 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung
- 17/11654 Antrag Zukunft für ländliche Räume – Regionale Vielfalt sichern und ausbauen

Verkehr und Stadtentwicklung

- 17/6600 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
- 17/10200 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013

Außenpolitik, Verteidigung und Religionsfreiheit

- 17/11685 Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan
- 17/9340 Entwurf eines Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr
- 17/2334 Antrag Religionsfreiheit weltweit schützen

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB, Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 227-5 53 74 · F -5 01 46
pressestelle@cducsu.de · www.cducsu.de

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Druck

Ruksaldruck, Berlin
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Quellennachweis für Abbildungen und Diagramme

Umschlag: T. Koch; S. 2: M. Lengemann; S. 6: L. Johannssen/photothek.net; S. 7: Statistisches Bundesamt; S. 10: iStock-photo/cocalex; S. 12: T. Trutschel/photothek.net; S. 13: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 14: Shutterstock/Einstein; S. 16: U. Grabowsky/photothek.net; S. 18: Shutterstock/YanLev; S. 20: T. Trutschel/photothek.net; S. 21: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; S. 22: L. Johannssen/photothek.net; S. 24: T. Imo/photothek.net; S. 25: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; S. 26: picture alliance/dpa; S. 28: U. Grabowsky/photothek.net; S. 30: Kulturstiftung der Länder/Kinder zum Olymp; S. 32: U. Grabowsky/photothek.net; S. 34: T. Koehler/photothek.net; S. 36: T. Imo/photothek.net

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

Juni 2013



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine gute Bilanz.

Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

